

WIE WIR ALLE GUT AUF DER ERDE LEBEN KÖNNEN

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen



WOHLSTAND STATT WACHSTUM

ÖKOLOGISCHE GRENZEN WAHREN –

GESELLSCHAFTLICHES WOHLERGEHEN SICHERN

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



Eine Welt ohne Hunger und Armut, ein gesundes Leben für alle, mehr Klimaschutz, ein Stopp des Artensterbens: Insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) haben die Vereinten Nationen (UN) 2015 beschlossen. Sie gelten weltweit, sollen bis 2030 erfüllt sein und ein friedliches Zusammenleben auf der Erde sichern – innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen. Alle Staaten haben sich verpflichtet, die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Auch Deutschland. Wir zeigen am Beispiel der Wirtschaftspolitik, vor welchen Herausforderungen wir weltweit und in Deutschland stehen – und welche Lösungswege es gibt.

Das SDG 8 verfolgt zwei Ziele: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Die Vorgaben dazu schließen ein anhaltendes, nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum genauso ein wie Unterziele zur Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch – und zu menschenwürdiger Arbeit.

Um das Wirtschaftswachstum mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen, müsste es global und dauerhaft vom Ressourcen- und Energieverbrauch entkoppelt werden. Trotz wachsendem Bruttoinlandsprodukt müssten also die Treibhausgas-Emissionen, der Flächenverbrauch und der Rohstoffverbrauch sinken. Doch bislang gelingt dies nur ansatzweise – die dafür nötige Effizienzrevolution ist nicht in Sicht. Zudem wird ein Plus an Effizienz häufig durch Wachstum zunichtegemacht. Beispiel: Effizien-

tere Pkw-Motoren treiben immer mehr und immer größere SUVs an.

Daher muss in den Industrieländern neben die Effizienzrevolution eine Suffizienzrevolution treten (von lat. *sufficere* = ausreichen, genügen) – also tatsächlich weniger Verbrauch. Wir müssen Wohlstand und Beschäftigung sichern, ohne immer mehr Güter zu produzieren (gemessen durch das BIP), das heißt: ohne Wirtschaftswachstum.

Denn unsere planetaren Grenzen sind in wesentlichen Bereichen bereits überschritten, wie die Klimakrise und der dramatische Verlust der Artenvielfalt weltweit zeigen. Ein stetiges Wirtschaftswachstum in den Industrieländern steht damit im Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung – und zu den SDGs insgesamt.

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFT MUSS KRISENSICHER WERDEN

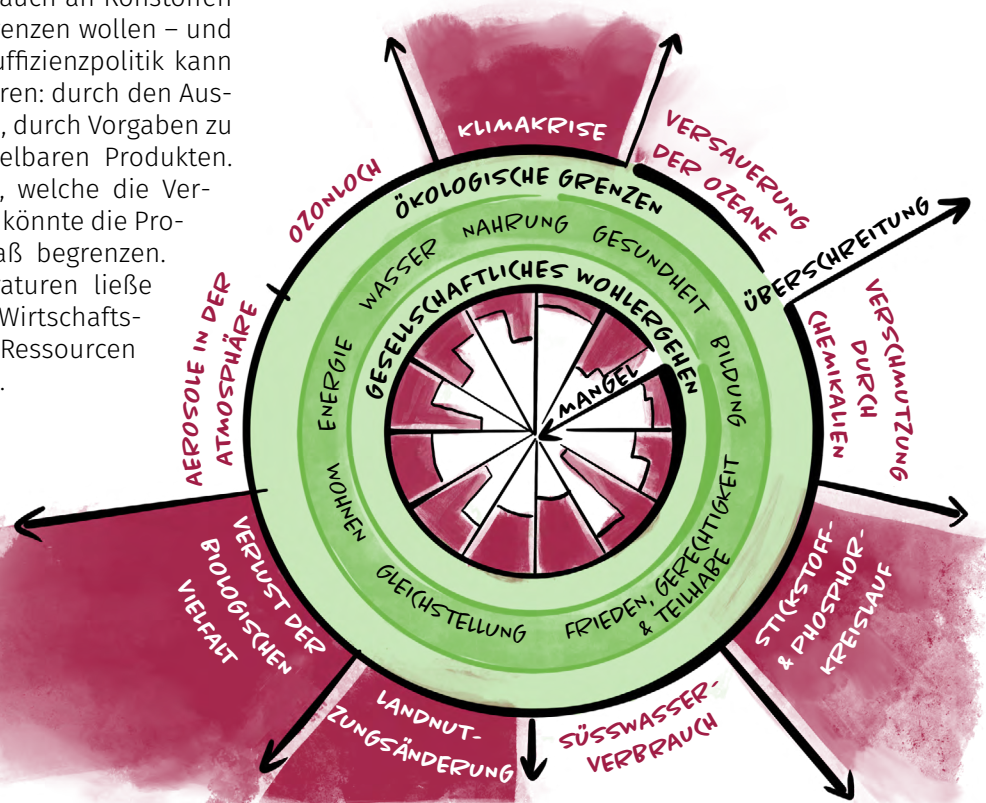
Speziell das deutsche Wirtschafts- und Wohlstandsmodell, stark am Export orientiert und zugleich vom Rohstoffimport abhängig, muss sich grundlegend verändern. Doch wenn die Pro-Kopf-Einkommen nicht weiter ansteigen, nimmt die Bedeutung von Verteilungsfragen zu. Im Konsumverhalten geht es dann nicht nur um „anders“, sondern auch um „weniger“. Und damit kommen der Lebensstil insgesamt sowie unsere Produktionsmuster auf den Prüfstand. So stellt sich auch die Frage nach unseren Arbeits-

zeitmodellen: Wie viel Erwerbsarbeit ist möglich und nötig? Im Transformationsprozess werden bis 2040 Tausende von Arbeitsplätzen wegfallen (z.B. in der Autoindustrie). Planvolle Weiterbildungen und Umschulungen werden nötig sein, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Doch müssen wir auch Alternativen finden.

Deshalb brauchen wir in Deutschland eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik, die Wirtschaften wachstumsunabhängig gestaltet und weltoffene, solidarische und regionale Strukturen vorantreibt. Die Länder des Globalen Nordens müssen vereinbaren, dass und wie sie ihren Verbrauch an Rohstoffen und ihre Produktion absolut begrenzen wollen – und in welchem Umfang. Mit einer Suffizienzpolitik kann es gelingen, weniger zu konsumieren: durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, durch Vorgaben zu langlebigen, reparier- und recycelbaren Produkten. Eine ökologische Industriepolitik, welche die Verantwortung der Hersteller erhöht, könnte die Produktion auf ein nachhaltiges Maß begrenzen. Durch die Förderung von Reparaturen ließe sich ein beschäftigungsreicher Wirtschaftszweig aufbauen, der zugleich die Ressourcen schont – ganz im Sinne des SDG 8.

EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT RICHTET SICH AN DEN ÖKOLOGISCHEN GRENZEN UND AM GESELLSCHAFTLICHEN WOHLERGEHEN AUS.

KATE RAWORTH STELLT DIES IN IHREM WIRTSCHAFTSMODELL DER DONUT-ÖKONOMIE DAR. DIE GRAFIK ZEIGT EINE VEREINFACHTE DARSTELLUNG IN ANLEHNUNG AN DIESES MODELL.



WOHLSTAND STATT WACHSTUM

Um alle 17 Nachhaltigkeitsziele der UN zu erreichen, ist nicht weniger als ein grundlegender Wandel nötig: wirtschaftlich, ökologisch und sozial. Es ist an der Zeit, die Grenzen des Wachstums anzuerkennen: weg vom „mehr, schneller, weiter“ hin zu einer Gesellschaft, die solidarisch und fürsorglich mit Mensch und Natur umgeht. Wer am Wachstumskurs festhält, leugnet die Herausforderungen der globalen Nachhaltigkeitsziele.

WAS FORDERT DER BUND?

Die Bundesregierung muss absolute Grenzen für den Ressourcen- und Rohstoffverbrauch festlegen. Sie muss die deutschen Nachhaltigkeitsziele in globaler Verantwortung neu formulieren: Bis spätestens 2040 muss die Wirtschaft klimaneutral sein. Bis dahin müssen auch die Neuversiegelung von Flächen beendet und der Ressourcenverbrauch halbiert werden. Außerdem braucht es eine deutsche und europäische Regulierung der Lieferketten, um weltweit umweltschonend und menschenfreundlich

zu produzieren. Die Handelspolitik muss sozial-ökologisch umgestaltet werden, zum Beispiel ohne Sonderklagerechte für Konzerne. Den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft könnten Maßnahmen wie die Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich, eine ökologische Finanzreform, eine Vermögenssteuer und weniger Werbung im öffentlichen Raum unterstützen.

MEHR INFORMATIONEN:
WWW.BUND.NET/NACHHALTIGKEIT
WWW.BUND.NET/WELTHANDEL

MACH MIT!

Der BUND wirbt auf Bundes- und Landesebene sowie vor Ort für nachhaltiges Wirtschaften und Leben, für mehr Reparatur und Müllvermeidung. Beispielsweise in den bundes- und landesweiten Arbeitskreisen zu Wirtschaft und Suffizienz und in Repair-Cafés, die vom BUND initiiert wurden.

Engagieren Sie sich beim BUND
www.bund.net/mitmachen

Mehr zu den UN-Nachhaltigkeitszielen
www.bund.net/un-ziele

FÖRDERHINWEIS

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

